

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Stefan Meyer

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Matthias Vogler

Abg. Thomas Zöllner

Abg. Andreas Krah

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe nun zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)

Bericht zur Patientensicherheit in den bestreikten Uniklinika Würzburg, Erlangen und Regensburg (Drs. 19/2433)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Kollegin Ruth Waldmann das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sollte es bisher für irgendjemanden noch nicht klar gewesen sein, ist es spätestens jetzt für alle unübersehbar: Ohne die Beschäftigten im Servicebereich unserer Krankenhäuser, ohne qualifizierte Reinigungskräfte und die Kolleginnen und Kollegen, die Patienten und Medikamente transportieren oder sich um die Küche kümmern, kann man kein Krankenhaus und keine Stationen betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind unverzichtbarer und integraler Bestandteil der Teams in unseren Kliniken. Das gilt auch für die Unikliniken, in denen nicht nur Akademiker tätig sind, sondern auch multiprofessionelle Teams. Am Ende hilft uns kein Professor Sauerbruch, wenn der OP-Saal nicht ordentlich gereinigt ist.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es absolut erschreckend, welche Nachrichten uns aus dem Universitätsklinikum Regensburg erreichen. In einem Bericht über die Auswirkungen des Streiks bei der Servicegesellschaft KDL schreibt der "Münchner Merkur":

"Etwa 30 Prozent der Operationen mussten abgesagt werden, Essen kam zum Teil nur noch in Pappgeschirr. Es fehlte an sauberer Bettwäsche. Patienten und Besucher beklagten sich über massive Verunreinigungen und Gestank auf den Toiletten. In den Gängen standen Rattenfallen."

In der vergangenen Woche war das Gesundheitsamt vor Ort und soll bestürzt gewesen sein. Das Umfeld des Vorstands des Universitätsklinikums wird mit den Worten zitiert:

"Das war im Grunde nicht mehr verantwortbar. Eigentlich hätte man die Klinik dicht machen müssen."

Das ist dramatisch. Dazu wollen wir einen Bericht der Staatsregierung; denn der Freistaat ist der Träger dieses Krankenhauses. Hier handelt es sich wirklich einmal um einen Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der SPD)

Der Hintergrund ist ein Streik, der allerdings keineswegs überraschend kam. An den Universitätskliniken in Regensburg, Erlangen und Würzburg sind die Servicekräfte in eine Tochterfirma ausgelagert. In Regensburg heißt diese Firma KDL und gehört zu 51 % dem Freistaat und zu 49 % einer privaten Putzfirma. Diese Konstruktion dient allein dazu, Kosten einzusparen, aber eben auf Kosten der Beschäftigten; denn diese unverzichtbaren Servicekräfte, ohne die auf den Stationen nichts geht, werden nicht nach dem gleichen Tarif wie alle anderen Kolleginnen in den Teams bezahlt. Diese bekommen nämlich ihr Gehalt nach dem Tarifvertrag der Länder wie alle Angestellten einer Einrichtung des Freistaats.

Servicekräfte, die eine hohe Verantwortung tragen, werden jedoch ausgelagert, um sie am Ende mit dem wesentlich schlechteren Tarifvertrag der Gebäudereinigung abzuspeisen. Sie bekommen bis zu 1.000 Euro weniger Lohn, keine Aufstiegsmöglichkeiten, keine Höherstufungen nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit, keine Jahresprämien oder Weihnachtsgeld und keine betriebliche Altersvorsorge. Andere Kliniken in Nürnberg, Fürth, Ingolstadt und Main-Spessart machen es anders. In diesen Kliniken sind diese Kräfte nicht ausgelagert.

Auf den Wunsch, sich zu Gesprächen und Tarifverhandlungen an einen Tisch zu setzen, bekamen der Betriebsrat und die Gewerkschaft nicht einmal eine Antwort vom Vorstand der Klinik oder der Geschäftsführung der Servicegesellschaft. Im März gab es Warnstreiks und im April eine Urabstimmung. Dann kam der Erzwingungsstreik ab 2. Mai, um Verhandlungen zu erzwingen. Hier stellen sich die Fragen: Wie hat sich das die Leitung der Klinik vorgestellt? Wie hat sie sich auf diese Situation vorbereitet? Lange war absehbar, dass es Streiks geben wird und man sich nicht einfach taub stellen kann. Es ist doch auch klar, dass man nicht irgendeine Putzfirma Heinzelmann in die Kliniken schicken kann, um OPs und Intensivstationen zu reinigen. Die Firma muss das auch können.

Das Universitätsklinikum Regensburg ist sogar stolz auf die bayernweit erste Abteilung für Krankenhaushygiene und Infektiologie. Wie konnte die Klinikleitung den Streiks wochenlang zusehen, ohne ein Gesprächsangebot zu machen? Wenn es dort so dreckig ist und die Klos so stinken, dass sich die Patienten darüber massiv beschweren, und wenn sogar Rattenfallen aufgestellt werden müssen, muss man kein Experte des Gesundheitsamtes sein, um das zu bemerken.

(Beifall bei der SPD)

Was sagten der Hygienebeauftragte des Krankenhauses und die renommierte Abteilung für Krankenhaushygiene dazu, dass Operationen abgesagt und die Notaufnahme, dem Vernehmen nach, vorübergehend geschlossen werden musste? In einer solchen Situation muss man doch erhebliche Gefahren für die Patienten befürchten. Selbst das LGL in Bayern weist auf die Bedeutung der Krankenhaushygiene hin. Es schreibt auf seiner Homepage zur Krankenhaushygiene, dass in Deutschland und Bayern im Jahr zehnmal so viele Menschen an Krankenhauskeimen sterben wie im Straßenverkehr. Das sind Infektionen, die nur im Krankenhaus auftreten, sogenannte nosokomiale Infektionen.

Wir haben bei der Krankenhaushygiene ohnehin schon ein großes Problem. Diese Situation ist übrigens nicht in allen Ländern Europas gleich. Bei uns in Deutschland und in Bayern ist es besonders schwierig. An dieser sensiblen Stelle darf nicht gespart werden. Deswegen brauchen wir dringend einen Aufklärungsbericht der Staatsregierung, wie es zu dieser Situation kommen konnte und wie die Patientensicherheit an unseren Kliniken sichergestellt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Waldmann. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Stefan Meyer von der CSU-Fraktion.

Stefan Meyer (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In meiner ersten Rede hier im Plenum geht es um ein sehr wichtiges Thema, nämlich um das Thema Patientensicherheit. Sie hat in der gesundheitlichen Versorgung auf allen Ebenen oberste Priorität und ist gleichzeitig die Grundlage, auf der die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens aufbaut. Speziell geht es hier um die Patientensicherheit an den drei Universitätskliniken in Würzburg, Erlangen und Regensburg.

Gleich vorweg: Im Grundsatz können wir einem schriftlichen Bericht zustimmen, auch wenn dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, das sich laufend über dieses Thema berichten lässt, keine Anhaltspunkte für eine Gefährdung der Patienten vorliegen.

Der Streik stellt insbesondere das Universitätsklinikum in Regensburg aufgrund der langen Dauer und der hohen Streikbereitschaft vor große Herausforderungen. Obwohl das Streikrecht ein hohes Gut ist, appelliere ich hier an die Streikenden und an Ver.di, mit dieser Situation verantwortungsvoll umzugehen.

(Beifall bei der CSU)

Hier geht es um Menschenleben, und hier geht es um Vertrauen. Gleichermaßen spielen auch Qualitätsstandards eine wesentliche Rolle. In unseren Gesundheitseinrichtungen werden von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sehr gute Dienste geleistet. Damit meine ich den gesamten Apparat, von der Ärzteschaft und den Pflorgeteams über Wirtschafts- und Schreibdienste bis hin zur Verwaltung. Unsere Häuser haben einen hohen Standard, was mit einer entsprechenden Reputation einhergeht. Diese Reputation benötigen wir auch in Zukunft, um geeignetes Personal und Fachkräfte zu gewinnen. Das ist weithin bekannt.

Das im Dringlichkeitsantrag formulierte Thema wurde bereits am Mittwoch im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst behandelt. Da ging es um Lohndumping und um das Ziel, eine höhere Vergütung zu erreichen. In dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag geht es um die Auswirkungen des Streiks und um mutmaßliche hygienische Mängel. Warum wir dieses Thema in Form eines Dringlichkeitsantrags im Plenum noch einmal behandeln müssen, erschließt sich mir offen gestanden nicht. Sie hätten den gewünschten Bericht auch über eine Schriftliche Anfrage oder einen Antrag im normalen Geschäftsgang bekommen können. Eines Dringlichkeitsantrags bedarf es dafür nicht. Gut, jetzt ist es nun einmal so.

Mein geschätzter Kollege Dr. Stephan Oetzing von der CSU hat im Ausschuss schon einiges berichtet, was ich heute an dieser Stelle wiederholen möchte. Die Bayerische Staatsregierung regiert nicht in die Geschäfte der inzwischen sechs Universitätskliniken hinein. In Bayern entscheiden die Uniklinika als selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts in eigener Verantwortung über die Frage, ob tertiäre Dienstleistungen, zum Beispiel Reinigung, Speiserversorgung oder Logistik, die nicht zum Kerngeschäft der Universitätskliniken gehören, von eigenem Personal oder von Servicegesellschaften erbracht werden.

Wir bekennen uns auch zum Grundsatz der Subsidiarität. Überlegen Sie sich einmal, welche Superbehörde im Staatsministerium erforderlich wäre, wenn diese in das tägliche Geschäft aller sechs bayerischen Universitätskliniken hineinregieren sollte. Des

Weiteren gilt in unserem Land die Tarifautonomie, und das ist auch gut so. Der Staat mischt sich nicht in die Tarifverhandlungen ein. Das hat sich bewährt, auch wenn es in den letzten Monaten oder Jahren oft zu harten Auseinandersetzungen gekommen ist.

In Erlangen gilt beispielsweise für die Klinik Service GmbH der Tarifvertrag Bau. In Würzburg gilt für die UKW Service GmbH der für allgemein verbindlich erklärte Tarifvertrag des Gebäudereinigungshandwerks der IG Bau. In Regensburg kommt seit der Gründung der Krankenhaus-Dienstleistungsgesellschaft mbH der Tarifvertrag für Gebäudereiniger zur Anwendung. In München gilt für die KMD Klinikum der Universität München Dienstleistungs GmbH ein hauseigener Mantel- und Entgelttarifvertrag, der sich am Gebäudereinigertarifvertrag orientiert.

Falls Sie mit Ihrem Antrag tariffreie Zonen an den Uniklinika unterstellen möchten: Dem ist nicht so. Die Beschäftigten der Krankenhaus-Dienstleistungsgesellschaft mbH erhalten Tariflöhne, was gestern im Wissenschaftsausschuss von der Koalition klar kommuniziert wurde.

Auch wenn Ihr Antrag, werte Kollegen von der SPD, nicht sonderlich überzeugend ist, wie erwähnt, und die Fragen auch im normalen Geschäftsgang mit einer Schriftlichen Anfrage sachlich hätten geklärt werden können, können wir einem schriftlichen Bericht zustimmen. Ein solcher Bericht kann für Klarheit sorgen und unzutreffende Vorwürfe richtigstellen. Nach meinem Kenntnisstand liegen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der Patientensicherheit vor. Unzutreffend ist zum Beispiel die Behauptung, die Vertreter des Gesundheitsamtes hätten sich über die Zustände bestürzt gezeigt.

Zum Schluss möchte ich vorschlagen, den Antrag umzuformulieren. Dem Landtag sollte schriftlich berichtet und die Nummer 12 des Fragenkatalogs gestrichen werden; denn mir erschließt sich nicht unmittelbar, inwieweit Aussagen zum Managementhonorar für das Unternehmen Götz für die Beurteilung der Patientensicherheit von Relevanz sind. Hinzu kommt, dass es sich hierbei um vertrauliche Betriebsdaten einer

rechtlich selbstständigen GmbH handelt, deren Veröffentlichung das Betriebsgeheimnis entgegenstehen dürfte. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herzlichen Dank, Herr Kollege Meyer. – Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor; die erste kommt von Herrn Kollegen Christian Zwanziger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Meyer, erst mal Glückwunsch zur ersten Rede.

Ich unterstelle Ihnen wirklich nicht, persönlich für das Geschäftsgebaren verschiedener Servicegesellschaften irgendwie verantwortlich zu sein. Ich bin aus Erlangen, und mir geht es darum, ob wir bei Gesellschaften, die zu 51 % jeweils einer staatlichen Uniklinik gehören, als Freistaat eine Meinung dazu haben, wie man mit Beschäftigten umgeht. Es geht ausdrücklich nicht darum, sich in einen Tarifstreit einzumischen. Sie haben Erlangen zitiert. Im Fall Erlangen hat die Klinik Service GmbH mehrfach erfolglos dagegen geklagt, dass Ver.di-Mitglieder streiken dürfen. Dreimal hat das Gericht gesagt, Ver.di darf natürlich streiken. Ver.di und IG Bau haben geklärt, dass Ver.di Tarifverträge aushandeln darf. Mir geht es einfach darum, fristlose Kündigungen, Bespitzelung am Arbeitsplatz, Bespitzelung während des Streiks zu verhindern. Ich möchte nicht, dass wir als Freistaat, wo wir mittelbar Arbeitgeber sind, so mit Beschäftigten umspringen, noch dazu in einem Bereich, in dem wir auf das Personal angewiesen sind.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Zwanziger.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Darum geht's. Bitte beziehen Sie da klar Stellung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Meyer, bitte.

Stefan Meyer (CSU): Für uns als CSU-Fraktion ist die Tarifautonomie wichtig. Auf diese Bemerkung möchte ich antworten, dass es auch sehr viele kommunale Unternehmen gibt, unter anderem in der Landeshauptstadt München, die sich auf externe Dienstleister stützen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das war keine Antwort!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Ruth Waldmann, SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben erstens gefragt, warum wir keine Schriftliche Anfrage stellen, sondern einen Dringlichkeitsantrag. Das kann ich Ihnen sagen: weil es dringlich ist. Auf eine Schriftliche Anfrage kriege ich vielleicht erst in sechs Wochen eine Antwort. Die Situation besteht aber jetzt. Es wird weiterhin gestreikt. Deswegen ist das dringlich.

Das Zweite: Sie haben den Antrag der SPD angesprochen, der gestern im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst beraten wurde. Darin ging es aber nicht um die hygienischen Zustände, –

Stefan Meyer (CSU): Lohndumping.

Ruth Waldmann (SPD): – sondern darum, dass wir keine Auslagerung in solche Servicegesellschaften zum Zwecke des Lohndumpings haben wollen. Die CSU hat diesen Antrag abgelehnt. Das Thema war aber ein anderes als diese Hygienefrage.

Zum Dritten: Sie haben vorgeschlagen, die Frage Nummer 12 aus dem Fragenkatalog zu streichen. Wir sind damit einverstanden. Wenn der Bericht schriftlich vorliegt, können wir eine Aussprache ansetzen, in der wir unsere Fragen stellen können und selbstverständlich auch stellen werden.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte schön, Herr Meyer.

Stefan Meyer (CSU): Das war eigentlich keine Frage. Ich habe alles ausgeführt; ich habe mich darauf bezogen, dass es gestern im Wissenschaftsausschuss nicht um Hygienemängel gegangen ist, sondern um die Frage des Lohndumpings. Wir haben darüber diskutiert und abgestimmt. Darauf verweise ich jetzt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Meyer. Wir werden den Antrag später in der beschriebenen geänderten Fassung zur Abstimmung stellen. – Nun hat Herr Abgeordneter Vogler für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Matthias Vogler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kollegen, liebe Besucher auf der Besuchertribüne! Der Antrag lautet: "Bericht zur Patientensicherheit in den bestreikten Uniklinika Würzburg, Erlangen und Regensburg". Es ging jetzt eigentlich nur um das Uniklinikum Regensburg und darum, was der "Münchner Merkur" am 11.06.2024 in einem Leitartikel über die Zustände und Auswirkungen im Krankenhaus berichtet hat.

In den Kliniken – wie wir schon gehört haben – war man nicht ausreichend auf die Streikmaßnahmen vorbereitet. Der Streik führte zu erheblichen Belastungen in der medizinischen Versorgung und Engpässen beim Personal; rund 30 % der in Regensburg geplanten Operationen mussten verschoben werden; die Mahlzeiten wurden auf Pappgeschirr serviert; zudem fehlte es an Bettwäsche und Hygienemaßnahmen. Missstände wurden aufgedeckt, unter anderem ein Schädlingsbefall. Rattenfallen wurden in den Gängen aufgestellt. Auch die Zahl der nosokomialen Infektionen stieg während des Streiks extrem an.

Warum? – Weil der Streik ungefähr fünf Wochen gedauert hat, wenn man den "Münchner Merkur" zitieren kann. Ungeachtet des Streikrechts gehört es zur Verantwortung der Streikenden sicherzustellen, dass gerade in so sensiblen Bereichen die

Patienten nicht gefährdet werden und die Patientensicherheit auf einem hohen Stand bleibt. Das Streikrecht soll nicht eingeschränkt werden; Ver.di sollte vielleicht aber einmal in sich gehen und sich fragen, ob man einen Streik so überhaupt durchführen kann, ohne die Gesundheit von Menschen zu gefährden, gerade in einem so sensiblen Bereich wie einem Krankenhaus.

Unabhängig von der Überprüfbarkeit der in dem Artikel erhobenen Vorwürfe hat das Gesundheitsamt sehr schnell kontrolliert und Maßnahmen eingeleitet. Das Krankenhaus will Verbesserungen vornehmen. Es ist wichtig, dass das schnell passiert, damit sich das Ganze in Zukunft nicht wiederholt und die Patientensicherheit gewährleistet ist.

Zu den Gehältern: 51 % gehören dem Freistaat und 49 % einer privaten Reinigungsfirma. Das ist Privatsache. In dem Artikel ist zu lesen, dass der Geschäftsführer der Gesellschaft zusätzlich zur Gewinnbeteiligung angeblich noch fast eine Dreiviertelmillion Managementhonorar bekommen hat. Hier ist die Frage, ob es sinnvoller wäre, diesen Betrag in die Gehälter der Mitarbeiter zu investieren statt in überzogene Boni. Das sollten vielleicht aber andere klären. Der Oberste Rechnungshof hat auch schon moniert, dass diese Managementpauschalen viel zu intransparent sind. Vielleicht sollte man hier auf den Rechnungshof hören.

Auch wir verstehen nicht, warum dieser Fragenkatalog über einen Dringlichkeitsantrag zum Plenum eingereicht wird. Wir lehnen das Ganze ab, bedanken uns aber trotzdem dafür, dass die Bürger in diesen Krankenhäusern, in diesen Einrichtungen, egal welcher Art, gute Bedingungen vorfinden. Dafür können wir alle hier einen Grundstein legen und bedanken uns sehr herzlich.

(Anna Rasehorn (SPD): Deshalb lehnt ihr den Antrag ab!)

– Nein, unsere Ablehnung hat damit nichts zu tun. Wir lehnen den Antrag ab, aber er wird trotzdem durchkommen.

(Beifall bei der AfD – Anna Rasehorn (SPD): Das ergibt keinen Sinn!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Thomas Zöller für die FREIEN WÄHLER. Bitte.

Thomas Zöller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich ganz herzlich für den Antrag bedanken. Die Patientensicherheit ist das Wichtigste, was wir unseren Patienten bieten können. Wenn man als Patient im Krankenhaus ist, geht es einem im Allgemeinen nicht so gut; dann will man wenigstens gut versorgt sein. Deswegen Danke für den Antrag.

Ich sehe dem Bericht relativ gelassen entgegen. Ich war in den letzten Monaten in allen unseren Unikliniken, und mir ist da nichts aufgefallen. Aber sollte an der Sache wirklich etwas dran sein, müssen wir dem natürlich nachgehen; das ist ja klar.

Wie wir alle wissen, wurde in den Unikliniken gestreikt. Das haben wir alle schon in den vorherigen Reden gehört. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Servicegesellschaft hatten wohl einen guten Grund zu streiken. Das Streikrecht ist etwas ganz Wichtiges. Von daher kann ich das nur unterstützen. Wir als FREIE-WÄHLER-Fraktion wurden von den Mitarbeitenden angeschrieben. Wir wurden gebeten, uns für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter starkzumachen. Das hätten wir gerne getan, aber die Tarifautonomie ist gegeben. Deshalb muss man einfach verhandeln. Ich bin mir sicher, dass es zu guten Verhandlungen kommt.

Wir haben auch in anderen Bereichen die Auslagerung in Servicegesellschaften, sei es in Kreisen oder Bezirken. Warum ist das der Fall? – Das ist immer der Kostendruck. Wir haben sowohl in den Universitätskliniken als auch in den normalen Krankenhäusern als Regelversorger einen Kostendruck. Deshalb möchte ich auch noch einmal daran erinnern, was uns die Bayerische Krankenhausgesellschaft auf den Weg mitgegeben hat. Die Bayerische Krankenhausgesellschaft hat für das letzte Jahr 1,4 Milliarden Euro Defizit angegeben. Das sind Summen, die man sich gar nicht vorstellen kann. Deshalb bitte ich Bundesgesundheitsminister Lauterbach, endlich die Be-

triebskosten zu übernehmen. Viele Krankenhäuser warten, auch auf die Krankenhausstrukturreform. Manche Krankenhäuser warten so lange, bis es sie nicht mehr gibt. Im Moment schließen gute Krankenhäuser. Das bereitet mir sehr große Sorgen. Vielleicht könnte man einmal sagen, wie man die Betriebskostendefizite ausgleichen will. Das ist kein Geld, das vom Bund kommt. Natürlich kommt das Geld vom Bund, aber es kommt in erster Linie von den gesetzlichen Krankenkassen, also von den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern.

Zwischendurch möchte ich etwas die Spannung herausnehmen. Auch wir FREIE WÄHLER stimmen den Punkten im Antrag, über die vorhin schon gesprochen worden sind, zu. Die Frage 12 muss raus, weil man darüber so nicht berichten kann. Wir stimmen ebenfalls zu, dass der Bericht schriftlich an den Landtag und den zuständigen Ausschuss gegeben werden soll. Das finden wir gut.

Patientensicherheit ist natürlich auch für die FREIEN WÄHLER und für mich als Patienten- und Pflegebeauftragten besonders wichtig. Daher ist es mir besonders wichtig, in vielen Krankenhäusern und Kliniken Patientenfürsprecher einzusetzen. An dieser Stelle sind wir noch nicht so weit, wie wir gerne sein möchten. Im Moment gibt es in 37 % der Kliniken und Krankenhäuser Patientenfürsprecher. Es ist ganz wichtig, an dieser Stelle weiterzukommen. – Ich sehe gerade eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Das machen wir zum Schluss. – Wenn man vor Ort einen Ansprechpartner hat, ist das eine gute Sache.

Ich möchte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kliniken danken, die jeden Tag einen tollen Job machen. Deshalb müssen wir auch mit den Antworten zum Antrag gut umgehen. Es darf kein globaler Verdacht entstehen, dass etwas in den Kliniken nicht stimmt. Selbstverständlich müssen wir solchen Punkten nachgehen. Wir sind auch dabei. Deshalb werden wir den Antrag unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Zöller. – Da ist sie, die Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD.

Ruth Waldmann (SPD): Vielen Dank, dass Sie unserem Antrag zustimmen. Ich wollte noch eine Anmerkung machen, weil Sie die Kosten angesprochen haben. Gerade haben Sie auch noch einmal den Beschäftigten gedankt. Wir haben vorgeschlagen, die Servicebeschäftigten genauso nach dem Tarifvertrag der Länder zu bezahlen wie die anderen Beschäftigten im Krankenhaus, nicht nach dem Tarifvertrag der Gebäudereinigung. Dazu gibt es Berechnungen, wonach dies beim Universitätsklinikum Regensburg – um bei dem Beispiel zu bleiben – inklusive Tarifsteigerungen etwa 2,4 Millionen Euro im Jahr ausmachen würde. Das sind 0,4 % der Gesamtbetriebsleistungen im vergangenen Jahr. Das muss man einfach ins Verhältnis setzen. Man sollte darüber nachdenken, ob man wirklich eine Einsparung in Höhe von 0,4 % zulasten der Beschäftigten vornehmen möchte, die es ohnehin schon schwerer haben.

(Beifall bei der SPD)

Thomas Zöller (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Waldmann, das ist schon gefährlich. Vielleicht kennen Sie meine Vita. Ich bin ein alter Gewerkschaftler. Mir tut es immer weh, wenn ich dagegensprechen muss. Natürlich wäre es gut, wenn die Mitarbeitenden möglichst viel für ihre so wichtige Arbeit bekommen. Ich habe mich aber extra informiert. Bei uns im Bezirk Unterfranken gibt es auch eine Ausgliederung in eine solche Servicegesellschaft. Die Beschäftigten werden nach dem Gebäudereinigertarif bezahlt. Zumindest wird das tariflich bezahlt. Das ist mir ganz wichtig. Für jede Verbesserung für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bin ich sehr dankbar.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Zöller. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Andreas Krahel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krah (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem das Abstimmungsergebnis bekannt ist, darf ich nicht nur Herrn Kollegen Meyer zu seiner ersten Rede im Hohen Haus beglückwünschen, sondern auch die SPD zum erfolgreichen Dringlichkeitsantrag.

Ich glaube, in der Sache sind die Argumente sehr deutlich ausgetauscht, obwohl es um einen Bericht geht. Partei- und fraktionsübergreifend ist eindeutig klargeworden, dass dieser Bericht überfällig ist. Wir sehen diesem Bericht mit ernster Erwartung entgegen, um dann die Situation zu beurteilen. Deswegen – das verzeihen Sie mir sicherlich – bin ich durchaus etwas verwundert, dass meine Vorrednerinnen und Vorredner unter Umständen das eine oder andere Ergebnis schon vorweggenommen haben.

Langer Rede kurzer Sinn: Der Bericht ist überfällig, gerade weil es bei diesem Bericht nicht um die Tarifautonomie geht, lieber Herr Kollege Meyer – ich sehe ihn gerade nicht. Vielmehr geht es um Geschäftsgebaren auch vonseiten der Geschäftsführungen in den jeweiligen Universitätsklinika, die unter Umständen gewisse Auswirkungen – noch mal: Wir warten den Bericht ab – auf die Patientensicherheit haben. Es haben ein paar Gewerkschafter gesprochen, auch ich bin Ver.di-Mitglied. Zu einem Tarifstreit gehören immer zwei Parteien.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Den ausschließlichen Appell an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – das habe ich bei Herrn Kollegen Meyer und beim Kollegen von der AfD gehört – halte ich an dieser Stelle nicht für zielführend. Ein Tarifstreit wird von zwei Parteien geführt. Es sollte eindeutig und ausdrücklich an beide Parteien appelliert werden, sich an einen Tisch zu setzen, um dann das Beste nicht nur für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verhandeln, sondern auch für die Patientensicherheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Sinne möchte ich es dabei belassen. Wir behandeln einen Berichts Antrag. Den Bericht müssen und sollen wir abwarten und die Lehren daraus ziehen. Anschließend müssen wir sehr hart über die Sache diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Krah. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Bevor wir zur Abstimmung kommen, merke ich noch an, dass die CSU-Fraktion für ihren Dringlichkeitsantrag zum Bevölkerungsschutz auf der Drucksache 19/2434 – Nummer 5 der Dringlichkeitsanträge – namentliche Abstimmung beantragt hat.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den SPD-Antrag in der geänderten Fassung. Ich fasse zusammen: Der Bericht wird in schriftlicher Form dem Landtag gegeben. Die Frage 12 wird gestrichen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/2433 in der geänderten Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und CSU. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.